

Ralf Hoffrogge

# Ein Tag im Leben der Weimarer Republik – die „Ostjudendebatte“ des Preußischen Landtages von 1922

Die Sozialdemokratie des Kaiserreichs verurteilte im Erfurter Programm von 1891 „nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse“.<sup>1</sup> Diese Formel schloss die Ablehnung kolonialer, aber auch antisemitischer Rassentheorien ein. Sie war direkt inspiriert von Friedrich Engels' Verurteilung des Antisemitismus in einem Leitartikel des Vorjahres.<sup>2</sup> Gemeinsam mit Bebels *Die Frau und der Sozialismus* von 1879 oder Clara Zetkins *Arbeiterinnen und Frauenfrage der Gegenwart* von 1889 war das Erfurter Programm Ergebnis einer Debatte um Universalismus und Emanzipation, mit der die sozialistische Bewegung Diskriminierungsformen jenseits des Klassenwiderspruchs einbezog.<sup>3</sup> Es kann als erstes „intersektionales“ Programm der deutschsprachigen Linken gelten, Startpunkt eines bis heute andauernden Aushandlungsprozesses um Gleichheit und Differenz in emanzipatorischen Bewegungen.<sup>4</sup>

In der Weimarer Republik stritten mit SPD, USPD und KPD gleich drei Parteien um dieses Erbe. Sie waren konfrontiert mit einem in der Gegenrevolution des Jahres 1919 militanter auftretenden Antisemitismus, der gezielt und gewalttätig die politische Linke als „jüdisches“ Phänomen angriff. Dementsprechend fasste die USPD 1919 eine Resolution „gegen Judenhetze“,<sup>5</sup> während die KPD im Pro-

---

1 Seefeld, Horst (Hrsg.): Programme der deutschen Sozialdemokratie 1863–1963. Hannover 1963. S. 75 ff.

2 Engels, Friedrich: Über den Antisemitismus. In: Marx-Engels-Werke (MEW). Berlin/DDR 1963. Bd. 22. S. 49–51.

3 Vgl. Hoffrogge, Ralf: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Stuttgart 2011. S. 180–190.

4 Vgl. Garske, Pia: Intersektionalität als Herrschaftskritik? Die Kategorie ‚Klasse‘ und das gesellschaftskritische Potenzial der Intersektionalität-Debatte. In: Intersectionality und Kritik. Neue Perspektiven auf alte Fragen. Hrsg. von Vera Kallenberg [u. a.]. Wiesbaden 2013. S. 245–264.

5 „Der Parteitag stellt fest, daß der Antisemitismus, die Hetze gegen die Juden als Juden, auch in Deutschland die Waffe der monarchistischen Reaktion geworden ist [...]. Der Parteitag fordert das Klassenbewußte, revolutionäre Proletariat Deutschlands auf, alle Formen dieser Hetze im Bewußtsein ihres internationalen, reaktionären Charakters auf das entschiedenste zu bekämpfen.“

grammentwurf *Was will der Spartakusbund?* vom Dezember 1918 „die Kleinbürger, die Offiziere, die Antisemiten, die Preßlakaien der Bourgeoisie“ als Gegner ausmachte.<sup>6</sup> Gespalten in der Frage „Reform oder Revolution“ und der im Ersten Weltkrieg aufgerissenen Kluft zwischen Patriotismus vs. Internationalismus waren die Arbeiterparteien der Weimarer Republik sich einig in der Ablehnung antisemitischer Hetze – auch wenn es ihnen nie gelang, die Arbeiterbewegung völlig frei davon zu halten. Es wäre jedoch verfehlt, die Existenz von Antisemitismus auch bei Mitgliedern und Wählerschaft der Arbeiterparteien zur ideologischen Konstante der Parteien selbst zu verabsolutieren. Denn als Massenparteien waren sie Resonanzraum für verschiedenste gesellschaftliche Einflüsse, nicht nur emanzipatorischer Art. Es wäre verwunderlich, wenn die in den reaktionär-obrigkeitsstaatlichen, mehrheitlich vom evangelischen Klerus betriebenen Volksschulen des Kaiserreichs sozialisierte Wählerschaft von SPD, USPD und KPD immun gegen antisemitische Einflüsse gewesen wäre. Diesen entgegen stand jedoch die Klammer des Universalismus in Programmen und Resolutionen. Will man die Wirkung solcher Festlegungen gegen Antisemitismus konkret untersuchen, so reicht der Verweis auf Programme jedoch nicht aus. Ebenso wenig reicht die Aufzählung einzelner antisemitischer Äußerungen oder Vorfälle als Gegenbeweis, dass die Arbeiterparteien „genauso“ oder, aufgrund ihrer Kapitalismuskritik, gar schlimmere Antisemiten gewesen seien. Denn wo ein Programm Absichten mitteilt und Einzelzitate die Abkehr von diesen, ist noch keine Aussage über Mehrheitsmeinungen, politische Strategien oder Diskurse getroffen. Diese können nur eingeordnet werden, wenn historische Diskurse konkret rekonstruiert werden.

Ein Beispiel dafür ist die „Ostjudendebatte“ im Preußischen Landtag des Jahres 1922, die im Folgenden nachgezeichnet werden soll. Sie wurde ausgelöst durch einen Vorstoß der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) gegen ostjüdische Einwanderung. Alle anderen Parteien mussten sich nun positionieren, sichtbar werden Positionen zum Antisemitismus im gesamten politischen Spektrum. Diese werden hier mit Blick auf die Arbeiterparteien analysiert, vertreten durch Carl Severing (SPD), Oskar Cohn (USPD/SPD) und Werner Scholem (KPD).<sup>7</sup> Scholems Position wird genauer betrachtet, weil in seinen Beiträgen die von der

---

Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919. S. 455, 539. In: Krause, Hartfrid (Hrsg): *Protokolle der USPD*. Glashütten 1975.

<sup>6</sup> Der von Rosa Luxemburg stammende Entwurf erschien unter dem Titel *Was will der Spartakusbund?* in der *Roten Fahne* vom 14. Dezember 1918.

<sup>7</sup> Dieser Aufsatz ist die überarbeitete und erweiterte Version eines Teilkapitels meiner Dissertation: Hoffrogge, Ralf: *Werner Scholem – eine politische Biographie (1895–1940)*. Konstanz 2014.

Arbeiterbewegung geteilte Kategorie der „Klasse“ als Gegenkategorie zur von der DNVP aufgeworfenen „Rassenfrage“ in Stellung gebracht wird.

Die Aussagekraft der „Ostjudendebatte“ von 1922 als Quelle ist einerseits begrenzt, weil sie nur einen Tag erfasst und jede Partei nur durch einen Redner vertreten wurde. Weder die parteiinternen Strömungen werden abgebildet, ebenso wenig ein Wandel der Positionen über die Dauer der Weimarer Republik. Allerdings hat dieser tagespolitische Ausschnitt eine hohe Aussagekraft dadurch, dass die Redner als gewählte Abgeordnete bestimmte Milieus der Bevölkerung repräsentieren, andererseits als Sprecher für ihre jeweilige Partei mandatiert sind. Bravo-Rufe und ähnliches zeigen, dass die Redner nicht für sich, sondern für ihre Fraktion sprachen. Mit der doppelten Repräsentation durch Wahl und Fraktion verbunden war die meinungsbildende Funktion des Parlaments. Der Preußische Landtag war Legislative des größten Gliedstaates der Weimarer Republik, seine Delegierten vertraten die Mehrzahl der Bevölkerung in einem Territorium vom Emsland bis nach Königsberg. Die dortigen Debatten genossen höchste Aufmerksamkeit.

Neben dieser zeitlich begrenzten, aber symbolisch hohen Repräsentativität ist die Quelle „Landtagsdebatte“ auch methodisch geeignet zur Untersuchung des Verhältnisses der Weimarer Parteien zum Antisemitismus. Sie zeigt, anders als Diskursanalysen etwa einer einzelnen Zeitung, die *Interaktion* der politischen Milieus, also einen Diskurs verschiedener Akteure, nicht die Selbstvergewisserung einer einzelnen Strömung. Für die Analyse eines Phänomens wie des Antisemitismus ist ein solcher Blick geboten. Denn Antisemitismus wirkt milieu- und klassenübergreifend, ist gerade dadurch erfolgreich, dass er politische Lager sprengt und gegensätzliche Interessen ideologisch in scheinbaren Einklang bringt. Anders als die Aufzählung einzelner antisemitischer oder anti-antisemitischer Aussagen zeigt die Parlamentsdebatte einen diskursiven *Zusammenhang*, in der weniger Gefahr besteht, historische Aussagen an heutigen Maßstäben zu messen. Da im wörtlichen Parlaments-Stenogramm Kontext und Bezug der Redenden zueinander komplett erhalten sind, ist zudem die Interpretation sicherer als bei auf verschiedene Medien verstreuten Diskursen, wo Adressatenkreis und Mandat der Sprechenden erst mühsam rekonstruiert werden müssen.<sup>8</sup>

Die Parlamentsdebatte ist zudem der Ort, wo die Kategorien „Diskurs“ und „Ideologie“ materielle Gewalt erhielten: Abschiebung oder Freizügigkeit waren Alternativen, mit denen die „Ostjudendebatte“ für osteuropäische Arbeits-

---

<sup>8</sup> Für eine solche Rekonstruktion vgl. Hoffrogge, Ralf: Der Sommer des Nationalbolschewismus? Die Stellung der KPD-Linken zu Ruhrkampf und ihre Kritik am „Schlageter-Kurs“ von 1923. In: *Sozial. Geschichte.Online*. Nr. 20/2017.

migranten nicht nur epistemische, sondern handfeste materielle Konsequenzen hatte.

## Auftakt – Die Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP)

Die am 29. November 1922 im Preußischen Landtag geführte Debatte über die „Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland“ war nicht die einzige, aber doch in der zweiten Wahlperiode des Landtages von 1921 bis 1924 aussagekräftigste Debatte zur Stellung der Juden in Preußen.<sup>9</sup> Die antisemitische Rechte, hier konkret die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), argumentierte aus der Defensive, denn nur wenige Monate nach der Ermordung des aus einer jüdischen Familie stammenden Außenministers Walther Rathenau im Juni 1922 klang noch Reichskanzler Wirths Ausspruch „Dieser Feind steht Rechts“ in aller Ohren.<sup>10</sup> Nach dem Attentat waren vorher meist tolerierte Ausfälle gegen das deutsche Judentum tabu. Antisemitische Motive waren in dieser Situation nur sprechfähig, indem man sie auf nichtdeutsche Staatsbürger beschränkte und kulturalisierte: zur Selbstvergewisserung des „Deutschen“ dienten die „Ostjuden“. Unter diesem Begriff verstand man damals jüdische Einwanderer aus Osteuropa, die im Gegensatz zu den assimilierten „Westjuden“ noch stark durch jiddische Sprache und religiöse Orthodoxie geprägt waren. Als mittellose Einwanderer führten sie oft eine ärmliche und subproletarische Existenz.<sup>11</sup>

Der Antisemitismus der politischen Rechten war jedoch kein Selbstzweck. Er hatte bereits im Kaiserreich die ideologische Funktion, als „kultureller Code“ zur Einigung der ökonomisch und politisch fragmentierten Rechtskräfte beizutragen.<sup>12</sup> Antisemitismus zielte nach 1918 im Diskurs der völkischen Rechten zu-

<sup>9</sup> Vgl. Rolke, Birgit: Jüdische Abgeordnete im Preußischen Landtag 1919–1928. Magisterarbeit FU Berlin 1998. S. 50–65.

<sup>10</sup> So Joseph Wirth im Reichstag am 25. Juni 1922. In: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte I. Wahlperiode 1920. Bd. 356. Berlin 1922. S. 8054–8058.

<sup>11</sup> Allerdings waren die Ostjuden keine homogene Gruppe, es gab auch in Osteuropa ein jüdisches Bürgertum und unter den assimilierten deutschen Juden Industriearbeiter. Vgl. Zimmermann, Moshe: Die deutschen Juden 1914–1945. München 1997. S. 22f., 92f., 97. Zu den Ostjuden vgl. Heid, Ludger: Maloche, nicht Mildtätigkeit: ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923. Hildesheim 1995 sowie ders.: Ostjuden – Bürger, Kleinbürger, Proletarier. Geschichte einer jüdischen Minderheit im Ruhrgebiet. Essen 2011; Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918–1933. Hamburg 1986.

<sup>12</sup> Volkov, Shulamit: Antisemitismus als kultureller Code: Zehn Essays. München 2000.

dem darauf ab, die wirtschaftliche und soziale Not der Nachkriegsjahre nicht als Kriegsfolge oder Marktversagen zu rahmen – also als Ergebnis der eigenen Politik von Kriegsnationalismus und imperialer Expansion. Genehmer war es, die Krisen-debatte als Neiddebatte gegen Einwanderer zu führen. Durch dieses „Framing“, das Setzen eines Diskursrahmens, wurde die „Klassenfrage“ Wirtschaftskrise zu einer „Rassenfrage“ essentialisiert. Ende 1922 ersetzte bzw. ergänzte ein kultureller Rassismus gegen „Ostjuden“ dieses Motiv.

Er war Kernargumentation der Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Dr. Martin Kaehler, Professor für Nationalökonomie in Greifswald vom 29. November 1922.<sup>13</sup> Kaehler kritisierte die Zuwanderung von „Ostjuden“, „weil der größere Teil der Ostjuden [...] schwerlich als Arbeiter sein Brot in Deutschland sucht.“ Seine Anfrage erklärte daher die Einwanderung von Ostjuden für „in höchsten Grade unerwünscht“, forderte die Einhaltung bestehender Vorschriften zur Begrenzung von Zuwanderung und fragte abschließend die Regierung: „Welche Schritte gedenkt das Ministerium zu tun, um 1) unerwünschte Gäste abzuschieben, 2) eine schärfere Kontrolle auf diesem Gebiete durchzuführen?“<sup>14</sup>

Kaehlers Begründung identifizierte das Judentum auch als politisch unerwünscht: es sei „gar keine Frage, daß auch heute noch der Bolschewismus in Rußland sowohl wie bei uns mit ostjüdischen Elementen in der Führung und Ausführung sehr stark durchsetzt sei“. Kaehler zitierte dazu einen Bericht der liberalen *Kölnischen Zeitung*. Auch hier wurde die ostjüdische Einwanderung als „gefährlich“ bezeichnet und eine Unterwanderung des *Vorwärts* und der USPD-Zeitung *Freiheit* durch Ostjuden behauptet. Jedoch konnte Kaehler auch einen Artikel im SPD-Organ *Neue Zeit* zitieren, in dem der Landtagsabgeordnete Theodor Müller osteuropäische „Schieber“ in einem Jargon angriff, dessen Bezug auf Ostjuden für Zeitgenossen offensichtlich war.<sup>15</sup> Gestützt durch solche Äußerungen seiner politischen Gegner kritisierte Kaehler nun die „kosmopolitische“ Ausrichtung der Ostjuden und behauptete, dass „diese Art Judentum, wenn es sich intellektuellen Berufen zuwendet, erfahrungsgemäß als Feindin jeder Autorität

<sup>13</sup> Protokolle des preußischen Landtags, 1. Wahlperiode 1921–1924, 188. Sitzung am 29. November 1922 (Preußischer Landtag, 29.11.1922). Neben diesen beiden Debatten gab es auch eine Landtagsdiskussion zum Thema Zionismus, in der Werner Scholem sich jedoch nicht äußerte. Vgl. Rolke: Jüdische Abgeordnete (wie Anm. 9). S. 46.

<sup>14</sup> Drucksache Nr. 2932 des Preußischen Landtages, Wahlperiode 1921–1924.

<sup>15</sup> Die Neue Zeit, Nr. 13 vom 24. Juni 1921. Vgl. Heid, Ludger: „Proletarier zu sein und Jude dazu, das bedeutet unsägliches Leid“ – Sozialisten zur „Ostjudenfrage“. In: Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933: Soziale Utopien und religiös-kulturelle Tradition. Hrsg. von Ludger Heid u. Arnold Paucker. Tübingen 1992. S. 177–191. Hier S. 185.

und überhaupt als zersetzendes Element auftritt.“<sup>16</sup> Dennoch distanzierte sich Kaehler von Pogromen und „antisemitischer Hetze“. Explizit nahm er die assimilierten Juden von seiner Kritik aus – sprach allerdings auch gegen diese verdeckte Drohungen aus: Wenn, so Kaehler, die deutschen Juden ihre östlichen „Stammes- und Glaubensgenossen“ bedingungslos verteidigten, dann „sägt das Westjudentum den nicht sehr starken Ast ab, auf dem es bei uns noch sitzt.“<sup>17</sup>

## Minister Severing antwortet – Die Position der SPD

Als Vertreter der preußischen Regierung antwortete der sozialdemokratische Innenminister Carl Severing. Er kritisierte die Tatsache, dass „Redner, die in den rechtsradikalen Organisationen ihre politische und völkische Interessenvertretung erblicken, alles darauf anlegen, um die Juden für das wirtschaftliche und politische Elend verantwortlich zu machen, unter dem wir heute leiden.“<sup>18</sup> Die den Juden zugeschriebenen Tätigkeiten wie Wucher und Hausierertum fänden sich auch bei „Ariern“. Severing verwies auf Lessings Drama *Nathan der Weise* und appellierte an die Abgeordneten, „daß wir nicht zuerst als Christen und nicht zuerst als Juden und nicht zuerst als Muhammedaner, sondern zuerst als Menschen auf die Welt kommen.“ Dies wolle er hochhalten – und „dabei noch deutschen Interessen gerecht werden“.

Trotz des aufklärerischen Appells wurden nationale Interessen unter der Hand zum dominanten Argumentationsstrang bei Severing. Schon in den Eingangsworten hatte er das „Fremdenproblem“ als eine ernste Angelegenheit gewürdigt. Er richtete einen Appell an den Völkerbund, dass Deutschland nicht in der Lage sei, jüdische Familien aufzunehmen, die gerade aus Ungarn ausgewiesen würden:

Jedenfalls sind die derzeitige Ernährungslage, die derzeitigen Erscheinungen auf dem deutschen Wohnungsmarkt und die augenblickliche Aussicht auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt nicht dazu angetan, daß wir noch Ausländer zu uns hereinnehmen können. (Sehr richtig! bei der DNVP). Sie sehen, meine Herren, wenn wir sachlich diskutieren, dann finden sich mindestens viele Berührungspunkte.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

<sup>17</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

<sup>18</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

<sup>19</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13). Die Abkürzung „D.-nat.V.-P.“ in den Originalprotokollen ist im Folgenden der Einfachheit halber zu „DNVP“ vereinheitlicht worden.

Severing hatte keine Probleme mit Applaus von Seiten der Deutschnationalen, inszenierte sich bewusst als Ordnungspolitiker mit harter Hand. Liberale Zugeständnisse im Ausländerrecht begründete er mit der Rücksicht auf deutsche Minderheiten im Ausland: „Wenn wir jetzt in dieser Zeit durch eine Härte in der Fremdenpolizei uns das Odium der Barbaren zuziehen, [...] glauben sie, daß dann unsere Landsleute anders behandelt werden.“ Ansonsten verwies Severing darauf, einen von der DNVP zitierten Erlass zur Einwanderung der Ostjuden sogar noch verschärft zu haben.<sup>20</sup> Ausdrücklich lobte er, dass „der Herr Vorredner sich bemüht hat, mit aller Sachlichkeit sich mit dem Problem auseinanderzusetzen.“ Abschließend stellte Severing fest: „In erster Linie hat selbstverständlich der Deutsche Anspruch auf eine anständige Wohnung, auf Lebensmittel und auf Arbeitsgelegenheit.“ Dafür erntete er „lebhafteste Zustimmung links und rechts.“ Schon 1920 hatte Severing sich in einer Debatte zur Wohnungsnot für eine Beschränkung von Einwanderung ausgesprochen. Die Forderung nach einer Internierung aller Ostjuden lehnte er jedoch ab – mit dem Argument, dass sich ja erst recht Protest regen würde, wenn man die Ostjuden „auf Staatskosten beherbergte und verpflegte“.<sup>21</sup> Severing verweigerte sich also dem Antisemitismus sowohl gegen Ost- als auch „Westjuden“, akzeptierte aber den Diskurs der DNVP gegen Einwanderung als sachlich gerechtfertigt.

## „Sachliche Ergänzungen“ – Die Deutsche Volkspartei (DVP)

Auf Severings Rede folgte ein Beitrag des Abgeordneten Hans von Eynern als Vertreter der Konservativen „Deutschen Volkspartei“, Koalitionspartner der SPD in der preußischen Regierung. Auch er lobte die „Sachlichkeit“ und den „staatlich allgemeinen Ton“ des Deutschnationalen Kaehler. Von Eynern verwies allerdings darauf, dass es nicht nur jüdische Migranten gäbe, sondern nach dem Krieg ein allgemeines „Ausländerproblem“ entstanden sei. Dementsprechend sei auch der

---

<sup>20</sup> Am 1. November 1919 erließ der preußische Justizminister Wolfgang Heine (SPD) einen Erlass, wonach den während des Krieges als Arbeitskräfte nach Deutschland verbrachten osteuropäischen Juden nur dann ein Bleiberecht in Preußen zugestanden wurde, wenn sie Arbeitsplatz und Unterkunft nachweisen konnten. Andernfalls drohte die Abschiebung. Vgl. Elsner, Lothar: Zur Haltung der SPD gegenüber den sogenannten Ostjuden: die Erlasse sozialdemokratischer preußischer Minister gegen asylsuchende ‚Ostjuden‘ 1919/20. In: Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Hrsg. von Mario Keßler. Bonn 1993. S. 19–28.

<sup>21</sup> Vgl. Rolke: Jüdische Abgeordnete (wie Anm. 9). S. 54 f. sowie die Protokolle der Preußischen Landesversammlung, 149. Sitzung am 7. Juli 1920.

Antisemitismus nicht „Folgeerscheinung des Auftretens dieser neuen nationalsozialen Partei“. Es sei vielmehr so, „daß der Antisemitismus zu seiner Blüte gelangt ist gerade infolge dieses starken Einströmens unerwünschter Elemente, das seinen Ausdruck findet in dieser Bewegung, die wir alle und die auch die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei beklagen.“ Die DVP grenzte sich damit von der NSDAP ab, machte jedoch paradoxerweise die Juden für die Entstehung der nationalsozialistischen Bewegung verantwortlich. Allerdings nahm von Eynern ebenfalls die deutschen Juden aus. Er lud sie gar ein, gemeinsam mit der DVP das „Ostjudenproblem in die Hand [zu] nehmen“. Denn gerade von deutschen Juden würde die ostjüdische Einwanderung als „mißliebig“ empfunden.<sup>22</sup> Tatsächlich befürchteten viele Mitglieder des assimilierten Judentums in Deutschland infolge ostjüdischer Einwanderung eine Zunahme des Antisemitismus und eine Gefährdung der eigenen sozialen Stellung. Als Reaktion existierten Distanzierung, ebenso jedoch soziale Verantwortung durch spendenfinanzierte jüdische Fürsorgeorganisationen, die ostjüdische Einwanderer unterstützten.<sup>23</sup>

## Einsprüche – Werner Scholem für die KPD

Nach dem Vertreter der DVP sprach der Abgeordnete Werner Scholem für die KPD. Er gab seinen Vorrednern in dem Punkt recht, dass deutsche Juden den ostjüdischen Zuwanderern nicht immer wohlgesonnen seien:

Das alt eingesessene deutsche Judentum, soweit es kapitalistisch ist, hat gerade das stärkste Interesse daran, [...] daß nicht weitere Konkurrenz für dieses deutsche kapitalistische Judentum nach Deutschland kommt. [...] Warum sind den eigentlich die Ostjuden in Deutschland überhaupt so mißliebig? [...] Die Ostjuden sind eben ein Volksstamm von scharfer Intelligenz, eine Tatsache, die unbestritten ist, und man fürchtet solche Konkurrenten.

Hier wurde Scholem unterbrochen. Der Zwischenruf ist nicht protokolliert, warf ihm aber anscheinend vor, selbst Ostjude zu sein. Scholem nahm dies zum Anlass, seine Sprecherposition klarzustellen:

Bitte schön, wenn Sie glauben, daß ich hier als Repräsentant dieser Kreise spreche, ist das für mich sehr schmeichelhaft. Sie müßten dann um so eifriger zuhören [...]. Aber ich kann sagen, [...] daß gerade ich kein Repräsentant des deutschen Judentums bin und auch kein

<sup>22</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

<sup>23</sup> Vgl. Maurer: Ostjuden (wie Anm. 11), S. 482f. sowie ausführlich S. 508–759.

Repräsentant der ostjüdischen Kreise. Wenn ich hier spreche, so tue ich es als Repräsentant der proletarischen Kreise, sowohl der deutschen wie auch der osteuropäischen Proletarier.<sup>24</sup>

Scholem verleugnete aber keineswegs seine jüdische Herkunft. Schon einige Sätze später bekräftigte er diese mit den Worten „ein deutscher Jude wie ich“. Statt Leugnung zeigte er trotzig-stolze Selbstbehauptung, mehrfach lobte er „Intelligenz und Geistesschärfe“ der Ostjuden.<sup>25</sup> Allerdings begnügte Werner Scholem sich nicht damit.

Er bestand auf einer Betrachtung der Frage vom „proletarischen“ Standpunkt. Dies mag zunächst als Phrase erscheinen, denn Scholem selbst war kein Arbeiter, sondern Sohn eines wohlhabenden Unternehmers.<sup>26</sup> Vor diesem Hintergrund ist sein Verweis auf das assimilierte Judentum zu sehen, ein Seitenhieb auf das Milieu des deutsch-national eingestellten Vaters. Werner Scholem kritisierte den Konservatismus des jüdischen Bürgertums, setzte jedoch nicht Judentum und Kapitalismus gleich. Seine bissige Kritik galt dem jüdischen Bürgertum nur, „soweit es kapitalistisch ist“.<sup>27</sup> Die Zugehörigkeit zur kapitalistischen Klasse, nicht die religiöse oder ethnische Identität war Angelpunkt seiner Ausführungen. Indem Scholem die Rolle der Ostjuden als Arbeiterinnen und Arbeiter in den Mittelpunkt stellte, konnte er sowohl Severings „Fremdenproblem“ als auch Kahlers Antisemitismus beiseite schieben und zum dahinter liegenden sozialen Problem vordringen: Die Frage der Arbeitsmigration im Nachkriegseuropa.<sup>28</sup>

Scholem insistierte, „daß es sich nicht nur um die Ostjuden handelt, sondern um die gesamten Osteuropäer, die nach Deutschland kommen“. Er forderte den Wegfall sämtlicher Einwanderungsverbote für migrantische Arbeiterinnen und

---

**24** Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

**25** Hier wirkte Scholems zionistische Vergangenheit nach, denn dort galten die Ostjuden im Gegensatz zu den Assimilierten als authentisch, um sie entstand ein wahrer „Kultus“. Vgl. Scholem, Gershom: Von Berlin nach Jerusalem. Frankfurt 1997. S. 84.

**26** Zu Scholems Hintergrund vgl. Hoffrogge: Werner Scholem (wie Anm. 7), S. 15–41.

**27** Birgit Rolke kritisierte an Scholems Beitrag, er habe als Kommunist „nur die ostjüdischen Proletarier“ im Sinn (S. 53) und verteidige sie aus „rein ideologischen Gründen“. Er unterscheide dabei zwischen kapitalistischen Westjuden und proletarischen Ostjuden, und verteidige nur letztere „die unter anderem, eher zufällig auch Juden waren“ (S. 63). Abgesehen davon, dass Scholem die Ostjuden auch im speziellen als „intelligent“ verteidigte, wird dabei übersehen, daß gerade Scholems „ideologische“ Rahmung der Einwanderungsfrage als Frage wirtschaftlicher Ungleichheit es ihm erlaubte, die antisemitische Debatte eines „Ostjudenproblems“ zu verlassen. Vgl. Rolke: Jüdische Abgeordnete (wie Anm. 9).

**28** Durch den Versailler Vertrag und die Schaffung eines polnischen Nationalstaates wurden die Grenzen im Osten Deutschlands neu gezogen. Eine reale Grenzkontrolle folgte erst mit Verzögerung. Vgl. Reinecke, Christiane: Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930. München 2010.

Arbeiter, ungeachtet ihrer Nationalität oder Religion. Gegen Spekulanten, Schieber und Kriminelle solle dagegen, ebenfalls ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, aufs Härteste vorgegangen werden.<sup>29</sup> Scholem weigerte sich also, über ein „Judenproblem“ oder eine „Rassenfrage“ zu diskutieren, sondern warf mit dem Thema Arbeitsmigration die soziale Frage auf. Mit dem Zuruf „Ostjuden“ wollte ihn die Rechte wieder auf ihr Terrain locken – Scholem verweigerte sich jedoch. Als er weiterhin von „ostjüdischen Proletariern“ sprach, wurde die Realitätsverweigerung der Antisemiten noch deutlicher: „Gibt es nicht!“ behauptete ein Zuruf „von rechts“ im Protokoll.

Dies nahm Scholem zum Anlass, die Geschichte der ostjüdischen Einwanderung aufzuwerfen.<sup>30</sup> Er verwies auf den Ersten Weltkrieg, in der die deutsche Militärführung einen Erlass an die polnisch-jüdische Bevölkerung herausgegeben habe – und zwar auf Jiddisch. Scholem verlas zentrale Passagen, übertragen ins Schriftdeutsche:

Als Freunde kommen wir zu Euch. Die barbarische fremde Regierung ist gestürzt. Die gleichen Rechte für die Juden in Polen sollen auf festen Fundamenten aufgebaut werden [...] Laßt euch nicht narren durch Versprechungen des Zarismus. Es ist heilige Pflicht, jetzt zusammenzuarbeiten mit den Deutschen für die Befreiung.<sup>31</sup>

Scholems Zitate lösten große Aufregung aus. Er ging jedoch noch weiter und erinnerte daran, wie in der Endphase des Krieges ostjüdische Zwangsarbeiter in den besetzten Gebieten rekrutiert worden seien.<sup>32</sup> Scholem führte dies detailliert aus, was nicht ohne Unterbrechung abging:

Diese Bevölkerung wurde also auf den Marktplatz hin beordert. Kaum war sie erschienen, so kamen Soldaten der deutschen Ortsbehörde, treiben sie zusammen und sorgten dafür, daß diese Juden nicht wieder in ihre Häuslichkeiten zurückkehren konnten. Sie wurden, wie sie dort auf den Marktplätzen erschienen waren, zu den Bahnhöfen getrieben, (Hört! Hört!) ohne daß sie von ihren Angehörigen Abschied nehmen konnten, und wurden nach Deutschland verschleppt. (Hört, hört – Zuruf rechts) – Sie wollen das abstreiten, Herr Kaehler? (Abg. Dr. Kaehler: Ich habe gar nichts gesagt) – Ach so, Herr Kaehler kneift jetzt. (Zuruf rechts) Gut, es sind auch Tatsachen, die man nicht abstreiten kann.<sup>33</sup>

<sup>29</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 und 210. Sitzung vom 23. Februar 1923 (wie Anm. 13).

<sup>30</sup> Für eine historische Aufarbeitung vgl. Heid: Maloche (wie Anm. 11) sowie Maurer: Ostjuden (wie Anm. 11), S. 34–81.

<sup>31</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

<sup>32</sup> Dazu Maurer: Ostjuden (wie Anm. 11). S. 36 ff. Die Rekrutierung wurde allerdings im April 1918 eingestellt. – Vgl. Reinecke: Grenzen (wie Anm. 28), S. 309.

<sup>33</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

Am Schluss seiner Rede kehrte Scholem in die Gegenwart der jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen zurück. Beim jüdischen Arbeitsamt seien 55.000 ostjüdische Arbeitskräfte erfasst, die allesamt produktive Tätigkeiten verrichteten. Allein im Ruhrgebiet arbeiteten zwischen 13.000 und 15.000 jüdische Arbeitskräfte, davon 4000 Bergarbeiter unter Tage.<sup>34</sup> Aussagen von Arbeitsamt und Gewerkschaften belegten, dass die deutsche Arbeiterschaft hier „mit diesen ostjüdischen Arbeitern auf das Beste zusammenarbeitet“. In der Landarbeit sei das nicht anders: „Es ist zum Beispiel Tatsache, daß pommersche Rittergutsbesitzer in diesem Jahr bereits zum vierten Male jüdische Landarbeiter angefordert haben, [...] und wir finden unter den Namen dieser Pommerschen Rittergutsbesitzer einen Namen, z. B. Herrn Wulle, (Hört, Hört!) ein Bruder des deutschvölkischen Führers.“ Der „deutschvölkische Führer“ auf den Scholem anspielte, war Reinhold Wulle (1882–1950). Er saß für die DNVP im Reichstag, später gründete er die antisemitische „Deutschvölkische Freiheitspartei“, die 1924 eine Listenverbindung mit der NSDAP einging.<sup>35</sup> Scholems Schlussadresse an die Deutschnationalen lautete: „Sie bemühen sich, auf die Verzweiflung des Volkes zu spekulieren, das man, weil es ausweglos dem Elend gegenübersteht, mit den Mitteln des Antisemitismus wieder von den wahren Schuldigen am Elend des Volkes ablenken will.“

Scholem bemühte somit drei Argumentationsstränge gegen die DNVP. Zum ersten zeichnete er ein positives Bild der Ostjuden, die er als fleißig und intelligent bezeichnete. Wichtiger als diese positiven, aber letztlich essentialistischen Zuschreibungen war sein Exkurs zum Weltkrieg: Der Verweis auf die Proklamationen zur „Befreiung“ der Juden und deren Deportation als Arbeitskräfte legte die Doppelmoral der Konservativen offen, denen das osteuropäische Judentum im Krieg noch willkommen gewesen war. Scholems dritte und zentrale Argumentation war jedoch die Ansprache der osteuropäischen Juden und Jüdinnen als Teil der Arbeiterklasse. Erst diese erlaubte es ihm, die von anderen Rednern als „sachlicher“ Kern der DNVP-Anfrage anerkannte Überfremdungsangst zurückzuweisen. Mit dieser Begründung stellte Scholem im Namen der KPD fest: „Ein ostjüdisches Problem als solches verneinen wir also.“ Auch Abschiebungen und Grenzschießung verweigerte Scholem seine Zustimmung, er forderte stattdessen eine „arbeiterfreundliche und kapitalistenfeindliche Ausländerpolitik“.<sup>36</sup>

---

**34** Moshe Zimmermann verweist darauf, dass es auch ein deutsch-jüdisches Industrieproletariat gab, das in Berlin etwa zehn bis zwölf Prozent der dort lebenden Juden umfasste. Die Gruppe wuchs sogar durch Verarmung und Proletarisierung von jüdischen Angestellten und Handwerkern. Vgl. Zimmermann, Moshe: Die deutschen Juden 1914–1945. München 1997. S. 97.

**35** Vgl. Schumacher, Martin: M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. 3. Auflage. Düsseldorf 1994.

**36** Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

## Ein historischer Exkurs – die „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“

Dass Scholems historischer Exkurs den Kern traf, belegte im Verlauf der Debatte der geradezu surreal wirkende Auftritt eines Zeitzeugen: Dr. Victor Bredt von der „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“ gab zu Protokoll:

Herr Abgeordneter Scholem hat manches gesagt, was richtig ist. Meine Damen und Herren, ich kenne das Ostjudentum in Polen ziemlich genau, denn ich bin im Kriege in Polen in einer Stellung gewesen, wo ich den Czenostochauer Bezirk zu verwalten hatte [...] am allerungernsten in meinem ganzen Leben habe ich selbst den Befehl ausgeführt, in Czenostochau die Juden auszuheben und als Arbeiter nach Deutschland hinüberzuschicken. Ich will mich nicht besser machen als ich bin: Nicht aus übergroßem Erbarmen oder aus Nächstenliebe, sondern weil ich es für eine wahnsinnige Dummheit gehalten habe. Wir haben uns dadurch zweifellos gründlich unbeliebt und verhaßt gemacht bei den Polen. [...] Das hat aber gar nicht geholfen: Gearbeitet haben die Leute alle nicht. (Große Heiterkeit). Herr Scholem, ich habe die Sache selber geleitet und kenne sie genau. Es war im Anfang natürlich ein großes Geschrei, mit furchtbarem Geheul und Gezeter wurden die Leute über die Grenze gebracht. Nach acht Tagen war alles wieder in Ordnung.<sup>37</sup>

Hier unterbrach ihn der Neuköllner KPD-Abgeordnete Schulz mit den Worten: „Sie müssen auf die Kriegsverbrecherliste kommen!“ – doch Bredt reagierte gelassen: „Herr Abgeordneter Schulz, setzen sie mich ruhig darauf!“ In der Tat verstieß die Deportation der Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit gegen die Haager Landkriegsordnung von 1899.<sup>38</sup> Doch an die Stelle des Rechts war schon im August 1914 die Gewalt getreten und diese Erfahrung wirkte in der politischen Kultur der Weimarer Republik nach. Bredts Mangel an Schuldbewusstsein war Symptom für den Zustand der Zwischenkriegsgesellschaft, in der sich deutsche Täter als Opfer der Versailler Siegermächte inszenierten.<sup>39</sup> Zwar distanzierte auch Bredt sich im Verlauf seiner Rede vom Antisemitismus, jedoch nur um im selben Atemzug Pogrome durch den Vergleich mit Lebensmittelplünderungen zu verharmlosen. Er endete mit der Forderung: „Dann muß Luft geschaffen werden,

<sup>37</sup> Die Produktivität der jüdischen Zwangsarbeit wurde als gering bewertet, was Trude Maurer auf schlechte Ernährung und Mißhandlungen zurückführt. Vgl. Maurer: Ostjuden (wie Anm. 11), S. 36.

<sup>38</sup> Internationale Übereinkunft betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs Den Haag 1899. [www.admin.ch/ch/d/sr/i5/0.515.111.de.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/sr/i5/0.515.111.de.pdf) (09.01.2017).

<sup>39</sup> Vgl. Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

damit diese Elemente, die hier nichts zu suchen haben, aus Deutschland hinauskommen.“<sup>40</sup>

## Oskar Cohn und die USPD

Neben Scholem bemühte sich ein zweiter Redner, die „Sachlichkeit“ der DNVP zu entkräften. Es handelte sich um Oskar Cohn, einen profilierten Kopf der Unabhängigen Sozialdemokratie, die sich jedoch wenige Wochen zuvor mit der SPD wiedervereinigt hatte. Cohn verwies im Landtag auf seine eigene deutsch-jüdische Familiengeschichte und die Leistungen der Ostjuden als „Träger des deutschen Gedankens und der städtischen Selbstverwaltung“ in den preußischen Ostprovinzen. Im Krieg hätten die Juden den Deutschen als Übersetzer gedient. Dies sei ihnen jedoch nicht gut bekommen: „Von deutscher Seite wurden sie mit der gebührenden Undankbarkeit behandelt, und von ukrainischer und polnischer Seite hatten sie durch die Pogrome des Jahres 1919 über ihre deutschfreundliche Tätigkeit während des Krieges zu quittieren.“<sup>41</sup> Cohn bezog sich positiv auf den „deutschen Gedanken“ und argumentierte somit nicht radikal-internationalistisch wie Scholem. Er bemühte jedoch ein integratives und multikonfessionelles Ideal von der Deutschen Nation. Dementsprechend wehrte er sich auch gegen den Utilitarismus der Debatte: Die Vorredner hätten die Frage der Reisefreiheit „nur vom engsten Nützlichkeitsstandpunkt aus betrachtet: gut ist eine Wanderung, wenn sie den deutschen Interessen entspricht, [...] schlecht ist ein Bevölkerungselement, [...] sofern es den Interessen der wirtschaftlichen Kreise schadet oder unbequem ist, die Herr Abgeordneter Fischbeck oder Herr Dr. Kaehler vertritt.“<sup>42</sup>

Damit waren es zwei sozialistische Juden, die im Preußischen Landtag den Antisemitismus ablehnten und eine Migrationspolitik frei von nationalem Chauvinismus forderten.<sup>43</sup> Letzteres hatte jedoch Innenminister Severing als Vertreter

---

**40** Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

**41** Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

**42** Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

**43** Auch der Sozialdemokrat Ernst Heilmann engagierte sich gegen antisemitische Äußerungen – z. B. durch seine Verteidigung der Ostjuden in einer Debatte zur Wohnungsnot vom Juli 1920. Auch Iwan Katz äußerte sich für die KPD im Mai 1921 zu diesem Thema und widerlegte mit Statistiken die immer wieder vorgetragene Behauptung, ostjüdische Einwanderung sei Ursache der Wohnungsnot. Beide kamen wie Cohn und Scholem aus jüdischen Familien. Vgl. Rolke: Jüdische Abgeordnete (wie Anm. 9), S. 56 ff. sowie Protokolle der Preußischen Landesversammlung, 149. Sitzung am 7. Juli 1920; Protokolle des Preußischen Landtags, 1. Wahlperiode 1921–1924, 16. Sitzung am 4. Mai 1921.

der Regierung bereits zurückgewiesen. Obwohl auch er den Antisemitismus ablehnte, plädierte der Minister für eine restriktive Einwanderungspolitik. Er handelte in der Kontinuität preußischer Verwaltung, die seit den 1880ern ein System intensiver Migrationskontrolle entwickelt hatte. Die Novemberrevolution hielt diesen Prozess nicht auf, Gebietsabtretungen und neue Grenzen bedeuteten nicht mehr Durchlässigkeit, sondern Modernisierung und Verschärfung des Grenzregimes.<sup>44</sup> Rechtfertigung dafür war der nach dem Trauma des verlorenen Krieges ins völkische gewendete Diskurs über Nationalität und „deutsche Interessen“. Polen und Ostjuden dienten dabei als das Fremde, gegenüber dem nationale Selbstvergewisserung stattfand.<sup>45</sup>

## Politischer Katholizismus: Die Zentrumspartei

Nicht nur in der Sozialdemokratie überlagerte dieser Nationalismus universalistische Argumentationsmuster. Für den politischen Katholizismus war das Motiv der Nächstenliebe das, was dem Internationalismus der Arbeiterbewegung am nächsten kam. Zentrumsredner Friedrich Leonartz begann daher mit diesem Motiv:

Meine Partei lehnt jeden Radauantisemitismus wie überhaupt jegliche wider die christliche Liebe verstoßende Art der Volksverhetzung mit aller Entschiedenheit ab. Wir können es nicht ertragen, wenn in dieser widerwärtigen Weise gegen Teile des deutschen Volkes vorgegangen wird, wie es in einer gewissen Presse heute geschieht.

Gleichzeitig erklärte Leonartz jedoch, „daß für uns in der Fremdenfrage einzig und allein das deutsche Interesse maßgebend sein kann.“ Nächstenliebe und Nationalinteresse waren für ihn keine Widersprüche: „Ich sprach eben von christlicher Liebe, die christliche Liebe, die wir nach unserer Auffassung allen Menschen schulden, schulden wir aber zunächst unserm deutschen Volke (sehr richtig! rechts).“<sup>46</sup> Angefeuert durch die Zustimmung fuhr er fort: „so glaube ich

<sup>44</sup> Vgl. Reinecke: Grenzen (wie Anm. 28), S. 309f, 380f.; Elsner, Lothar: Zur Haltung der SPD gegenüber den sogenannten Ostjuden: die Erlasse sozialdemokratischer preußischer Minister gegen asylsuchende „Ostjuden“ 1919/20 (wie Anm. 20) sowie zum preußischen Grenzregime in vergleichender Perspektive Lerp, Dörte: Imperiale Grenzräume – Bevölkerungspolitiken in Deutsch-Südwestafrika und den östlichen Provinzen Preußens 1884–1914. Frankfurt a. M. 2016.

<sup>45</sup> Gegenüber Polen dominierte das Thema der „Wehrhaftigkeit“, verbunden oft mit territorialem Revanchismus. Vgl. Bergien, Rüdiger: Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933. München 2012.

<sup>46</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

allerdings, daß die Interessen des deutschen Volkes, die Interessen unserer deutschen Mitbrüder den Interessen irgendwelcher fremdstämmigen Elemente vorgehen.“ Als konkretes Beispiel benannte er die Wohnungsnot in Berlin. Diese sei so extrem, dass sogar ein Minister Monate auf eine Wohnung warten müsse.<sup>47</sup> Angesichts solcher Zustände, so Leonartz, „werden Sie mir zugeben, daß es unzweckmäßig ist, wenn Juden, Fremde überhaupt in dieser Weise hier in Berlin Wohnungen beanspruchen, wie es tatsächlich der Fall ist.“ Er schloss mit einem patriotischen Aufruf:

Und das eine ist auch sicher, daß das deutsche Volk nur wieder groß wird und die Irredentisten<sup>48</sup> nur dann wieder zu uns und unserer Kultur zurückgeführt werden können, wenn wir uns selbst helfen, wenn wir uns auf uns selbst stellen und uns mit aller Entschiedenheit gegen alles Ungesunde und Fremde wehren.

Dass sein Standpunkt keine Einzelmeinung im politischen Katholizismus war, belegt das laute „Bravo!“ seitens der Zentrumsfraktion. Zwar war der offene Antisemitismus durch den nachwirkenden Einfluss von Ludwig Windhorst (1812–1891) ein Tabu in der Zentrumsparlei, dennoch war religiöser Antisemitismus dort latent vorhanden. So lehnte etwa 1920 in der preußischen Landesversammlung ein Zentrumsredner die Ernennung des Sozialisten Kurt Löwenstein zum Großberliner Stadtschulrat wegen seiner jüdischen Herkunft ab.<sup>49</sup> In der „Ostjudendebatte“ dagegen übernahm der Zentrumsredner nicht nur die Markierung der jüdischen Einwanderer als Belastung für Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sondern markierte sie darüber hinaus als „ungesund“ und bediente damit das Motiv eines „deutschen Volkskörpers“.

---

<sup>47</sup> Das stereotype Bild des osteuropäischen Juden, als das eines Profiteurs und Wucherers, der den Deutschen ihre Wohnung Nahrung und Arbeit nahm, entwickelte sich zu einer stetig wiederkehrenden Figur im zeitgenössischen Diskurs.“ Reinecke: Grenzen (wie Anm. 28). S. 309.

<sup>48</sup> „Irredentismus“ bezeichnete ursprünglich die Forderung der Italienischen Nationalbewegung nach Gründung eines italienischen Staates, bezieht sich hier jedoch auf deutsche Bevölkerungen im Ausland.

<sup>49</sup> Vgl. dazu Rolke: Jüdische Abgeordnete (wie Anm. 9). S. 44. Zu Zentrumsparlei und Antisemitismus vgl. Herzig, Arno: Jüdische Geschichte in Deutschland. München 1997. S. 187, 231.

## Liberalismus – die Deutsche Demokratische Partei (DDP)

Die vierte und kleinste Regierungspartei nach SPD, Zentrum und DVP war die linksliberale DDP. Sie galt unter Zeitgenossen als Gegnerin des Antisemitismus.<sup>50</sup> In der Debatte zeigte sich aber, dass auch DDP-Politiker sich dem antisemitischen Zeitgeist nicht entziehen konnten. Für die Liberalen sprach im Landtag Otto Fischbeck, einer der Gründerväter der DDP und ehemals preußischer Staatsminister für Handel und Gewerbe. Fischbeck bezog sich auf Severing und konstatierte: „Ich gebe dem Minister recht. Die Not, unter der wir leiden, wird verstärkt und vermehrt durch den Zuzug nicht nur fremder Juden, sondern der Fremden überhaupt.“ In Bezug auf das Judentum betonte er zunächst seine Mitgliedschaft im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Erst danach fuhr er fort:

Ich halte es für einen unglücklichen Versuch, dadurch den Antisemitismus abzuwehren, daß man Dinge, die da sind, die jedermann sieht, abzuleugnen sucht. Meine Partei hat vielleicht wie keine andere in diesem Hause und draußen unter dem Vorwurf zu leiden, daß sie eine Judenpartei sei. Bei den Wahlen spüren wir das, und manche Kübel sind gerade deshalb über uns ausgeschüttet worden. (Sehr wahr! bei den D. Dem.) Wir werden uns auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, unseren liberalen Prinzipien entsprechend, für die Gleichberechtigung aller deutschen Staatsbürger, die der deutschen Kulturgemeinschaft angehören, die ihr in Deutschland sind und seßhaft bleiben wollen, die gemeinschaftlich mit uns die Lasten des Dienstes am Vaterland tragen wollen, einzutreten, ohne Rücksicht auf ihre Religion.<sup>51</sup>

Jenseits der Staatsbürgerschaft galt also für den Liberalen Fischbeck eine Reihe von Bedingungen, um Jüdinnen und Juden als gleichberechtigte Bürger anzuerkennen. Dennoch beschwor Fischbeck die „Gemeinschaft dieser deutschen Juden mit den übrigen deutschen Volksgenossen“ – und wollte wie der DVP-Redner die assimilierten Juden für den Kampf gegen die Ostjuden gewinnen:

Sie wollen mit uns allen zusammenstehen gegen diese Fremdlinge, die zu uns in Scharen über die Grenze einwandern und hier häufig derartige üble Erscheinungen hervorrufen, wie

---

<sup>50</sup> Vgl. Herzog: Jüdische Geschichte (wie Anm. 49), S. 221. Herzog betont, daß die DDP neben der SPD als einzige Partei der Weimarer Republik jüdische Kandidaten für Parlamentswahlen aufstellte, erwähnt aber leider nicht KPD und USPD und den 1928 gegründeten linkskommunistischen „Leninbund“, die dies ebenfalls taten. Die DDP rückte 1930 von ihrem liberalen Kurs ab und schloß sich mit dem antisemitischen „Jungdeutschen Orden“ zur „Deutschen Staatspartei“ zusammen. Vgl. Herzog: Jüdische Geschichte (wie Anm. 49), S. 221 f.

<sup>51</sup> Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

ich sie vorhin besprochen habe. Meine Damen und Herren, wie wir nicht wollen, daß die deutschen Juden beeinträchtigt werden wegen des Verhaltens der auf niedriger Kulturstufe stehenden Elemente, so wollen wir auch nicht, daß letzteren gegenüber ein Auge zugedrückt wird, weil sie der jüdischen Religion angehören.<sup>52</sup>

Fischbecks Verweis auf die niedrige „Kulturstufe“ der Ostjuden zeigt, wie selbst bei erklärten Gegnern des Antisemitismus latent antisemitische Motive manifest werden konnten, wenn man diese auf dem Umweg von „deutscher Kultur“ bzw. „deutschen Interessen“ ansprach oder mit begrenzten Ressourcen argumentierte. Gerade in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit gelang es der DNVP, diese so zu wenden, dass nicht die Spaltung der deutschen Bevölkerung in arm und reich ausschlaggebend war, sondern Einwanderer als Bedrohung des „gemeinsamen“ Wohlstandes erschienen. Reichtum von Ausländern und Juden erschien in dieser Lesart als Spekulation, Reichtum von Deutschen als Ergebnis eigener Arbeit. Das Motiv war so verbreitet, dass es rasch aktiviert werden konnte – auch Fischbeck als vereinsoffizieller Anti-Antisemit beschwerte sich ausführlich über die spekulativen Tätigkeiten der Ostjuden im Gold- und Devisenhandel, ausdrücklich begrüßte er Vorschriften des Börsenvorstandes, „die den Zutritt zur Börse für solche zweifelhaften Persönlichkeiten erschweren.“<sup>53</sup>

Selbst Victor Bredt von der Wirtschaftspartei fiel im Nachgang auf, dass in Fischbecks Rede etwas nicht stimmte. Lakonisch kommentierte er: „Die Rede war formell eine Rede zur Abwehr des Antisemitismus, materiell war es einfach eine antisemitische Rede. (sehr richtig! Links) [...] ich habe mich gewundert, daß die Herren von rechts nicht Beifall gerufen haben (Zuruf Rechts: das haben wir getan!) – Dann ist ja alles gut.“<sup>54</sup>

## „Dann ist ja alles gut“ – Ein Fazit ohne Versöhnung

„Dann ist ja alles gut“ – Für eine Hetzrede gegen ostjüdische Einwanderer gab es im Preußischen Landtag im November 1922 parteiübergreifenden Beifall bei Katholiken, Deutschnationalen, Linksliberalen und Konservativen. Die Sozialdemokratie beteiligte sich nicht am Antisemitismus, bemühte sich jedoch, der politischen Rechten durch Härte in der Einwanderungspolitik entgegenzukom-

---

52 Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

53 Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

54 Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

men. Für den aus der USPD kommenden linken Flügel der SPD distanzierte sich Oskar Cohn – er verteidigte die Einwanderer. Die zweite Gegenrede kam von Werner Scholem, als Kommunist und Jude ein doppelter Außenseiter zwischen den Weimarer Demokraten. Auffällig bleibt eine Beobachtung, die Scholem in der Mitte der Debatte machte: „Es muß festgestellt werden, daß auch heute in dieser Debatte wieder niemand hier im Hause gewagt hat, sich offen zum Antisemitismus zu bekennen, weil man doch fürchtete, damit allzu schlecht zu fahren.“<sup>55</sup> In der Tat bekannte keine der Parteien sich zu einer antisemitischen Rassentheorie. Lediglich Kaehler von der DNVP deutete etwas derartiges an, wenn er forderte, Deutschland solle nach dem Vorbild der New Yorker Einwanderungsbehörde Migration nach rassischen Kriterien steuern. Es ist aber bezeichnend, dass Kaehler sich hier und anderswo stets auf Quellen außerhalb des rechten Spektrums stützte. Diese Diskursstrategie zeigt, dass der verbal oder physisch gewalttätige „Radauantisemitismus“ Anfang der 1920er Jahre nicht salonfähig war. Dasselbe galt für offenen Rasseantisemitismus – selbst die DNVP führte erst 1929 einen „Arierparagrafen“ ein und verbot Juden die Mitgliedschaft.<sup>56</sup> Im Jahr 1922 jedoch war die „radauantisemitische“ Strömung nach dem Rathenau-Mord tabuisiert, der von Scholem zitierte völkische „Deutsche Schutz- und Trutzbund“ war sogar verboten worden. Radikal antisemitische Parteien wie die NSDAP existierten bereits, hatten jedoch noch keine Massenbasis. Mit der wirtschaftlichen Stabilisierung 1924 nahm der Antisemitismus sogar ab, wie Arno Herzig feststellt: „So sehr der Antisemitismus die politische (Un-)Kultur der Nachkriegsjahre bestimmte, so abrupt ist sein politischer Bedeutungsverlust, den er nach 1923 erlebte und der deutlich macht, daß der Antisemitismus vor allem in Krisenzeiten aktiviert werden könnte und politisch einsetzbar war.“<sup>57</sup>

Die Ostjudendebatte stützt diese These: Antisemitismus ist nicht rein ideologietheoretisch zu fassen, dies gilt allenfalls für seine Latenzform. Die Möglichkeit einer Aktivierung hing dagegen eng mit den ökonomischen Verhältnissen zusammen. Antisemitismus wurde salonfähig in Krisen, als Neiddebatte in Zeiten

---

55 Preußischer Landtag, 29.11.1922 (wie Anm. 13).

56 Herzig: Jüdische Geschichte (wie Anm. 49), S. 213.

57 Herzig: Jüdische Geschichte (wie Anm. 49), S. 213. In einem größeren Zusammenhang deutet Reinhard Rürup diese Frage: „Während die im Aufstieg befindliche bürgerliche Gesellschaft seit dem späten 18. Jahrhundert ihre ‚Judenfrage‘ grundsätzlich im Sinne der Emanzipation, d. h. der rechtlichen Gleichstellung und sozialen Integration der Juden, stellte, war die ‚Judenfrage‘ der in die Krise geratenen bürgerlichen Gesellschaft seit dem späten 19. Jahrhundert durch die Forderung nach erneuter Diskriminierung und Ausgrenzung der inzwischen emanzipierten Juden, d. h. antisemitisch geprägt.“ In: Rürup, Reinhard: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur ‚Judenfrage‘ der bürgerlichen Gesellschaft. Göttingen 1975. S. 7.

von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Nicht die wirtschaftlichen Entscheidungsträger, sondern Einwanderer und Neuankömmlinge wurden in dieser Situation für Verteilungs-Ungerechtigkeit verantwortlich gemacht. Antisemitismus war somit ein Antagonismus zum Klassen-Diskurs der sozialistischen Arbeiterbewegung, eine Reaktion auf die Novemberrevolution und die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die als Krisenlösung von Links im Raum stand: Die nach dem Kapp-Putsch eingesetzte zweite Sozialisierungskommission beendete ihre Arbeit erst 1923, tagte also während der „Ostjudendebatte“ noch und diskutierte die Verstaatlichung des Kohlebergbaus.

Die parteiübergreifenden Stellungnahmen zur ostjüdischen Einwanderung zeigen, dass Ende 1922 trotz des existierenden Tabus antisemitische Stereotype auch das Denken bürgerlich-demokratischer Kreise prägten. Hinter einer Welle von Dementis und Distanzierungen kamen sämtliche judenfeindlichen Klischees hervor, von denen jeweils die assimilierten deutschen Juden ausgenommen wurden. Selbst ein Redner wie Severing, der sich explizit nicht antisemitisch äußerte, sah sich veranlasst die „sachliche Argumentation“ der Deutschnationalen zu loben. Dieser Brückenbau funktionierte über das Scharnier der „Deutschen Interessen“, die durch den Versailler Vertrag existenziell bedroht schienen. Auch in der SPD schürte dies Ängste vor „Überfremdung“.<sup>58</sup> Als Gesamtheit distanzierte sich die Sozialdemokratie jedoch von solchen Übergriffen, der Antisemitismus gehörte nicht zu ihrem Standardrepertoire, sondern wurde von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aktiv bekämpft. Dies galt ebenso für die KPD – sie war keine antisemitische Partei, obwohl auch in ihr antisemitische Vorfälle vorkamen.<sup>59</sup> Diese reichten vom Gespräch in der Eckkneipe bis zum Leitartikel. Daraus ist mitunter der Schluss gezogen worden, die KPD sei insbesondere anfällig für antisemitische Denkformen gewesen.<sup>60</sup> Bisherige Studien

---

**58** Jedoch gab es Scholem zufolge auch antisemitische Zwischenrufer aus der SPD: „Ich stelle fest, daß es die Spezialität des Abgeordneten [Theodor] Ulmer ist, hier im Hause Mitglieder als Judenbengel zu beschimpfen, was der deutschnationalen Fraktion zweifellos sehr sympathisch ist.“ Vgl. Protokolle des Preußischen Landtags, 1. Wahlperiode 1921–1928, 248. Sitzung am 7. Juni 1923. Während hier nur Scholems Reaktion überliefert ist, ist im Fall von Iwan Katz auch ein Zwischenruf protokolliert. Er wurde 1923 aus den Reihen der VSPD mit dem Ruf „Jude!“ unterbrochen. Vgl. Rolke: Jüdische Abgeordnete (wie Anm. 9), S. 14.

**59** Vgl. Keßler, Mario: Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik. In: Utopie Kreativ 173 (2005). S. 223–232; siehe auch Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage – Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus. Opladen 1983. S. 265–297.

**60** Vgl. Kistenmacher, Olaf: Vom „Judas“ zum „Judenkapital“. Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik 1918–1933. In: Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Hrsg. von Matthias Brosch [u. a.]. Berlin 2007. S. 69–86. Ausführlicher dazu Kistenmacher, Olaf: Arbeit und „jüdisches Ka-

dazu leiden jedoch nicht selten an zwei methodischen Schwächen: Erstens gerät durch die Konzentration auf die KPD die Arbeiterbewegung als parteiübergreifendes Milieu aus dem Blick, denn vergleichende Untersuchungen zur Sozialdemokratie und USPD fehlen. So entsteht nicht nur ein schiefes Bild, sondern vor allem das Vorfeld und Umfeld der Parteien, das Arbeitermilieu als konstitutives Element der Arbeiterbewegung, fehlt. Doch gerade hier wäre die Wirkung von diskriminierenden Ideologien und ihre Brechung an den universalistischen Programmen zu untersuchen. Zweitens ist der Schluss vom Nachweis antisemitischer Aussagen einzelner KPD-Politiker auf einen geschlossenen „Antisemitismus von Links“ methodisch fragwürdig.<sup>61</sup> Denn die anti-antisemitischen Gegenstimmen, die ebenso Teil des kommunistischen Diskurses waren, geraten tendenziell aus dem Blick, ebenso die Reichweite und Rezeption von als antisemitisch bewerteten Aussagen.<sup>62</sup> So kann es gar vorkommen, dass eine Intervention gegen Antisemitismus fast ins Gegenteil verkehrt wird: Werner Scholems Einsatz zugunsten der Ostjuden erscheint bei Olaf Kistenmacher als „verwirrend“, weil Scholem die Vorstellung bestehen lasse, unter den Ostjuden befänden sich maßgeblich „Schieber und Wucherer“. Kistenmacher zitiert hier nicht die Landtagsprotokolle, sondern einen verkürzten Bericht der *Roten Fahne*. Doch selbst in diesem Bericht wird Scholem mit der Forderung „keine Schikanen gegen Proletarier, die gezwungen werden, aus ihren Heimstätten zu fliehen“ als Verteidiger eines Rechts auf Arbeitsmigration von Ostjuden sichtbar.<sup>63</sup> Es kommt also bei der Analyse von Antisemitismus nicht auf einzelne Begriffe wie „Schieber“ an, sondern auf den konkreten historischen Kontext. Eine Stimme wie Scholem ist daher auch auf der Ebene der Akteure relevant.

Denn die Weimarer Arbeiterparteien boten einen Emanzipationsraum, in dem jüdische und nicht-jüdische Politiker gegen die völkische Rechte aktiv wurden. Ein Raum, in dem Antisemitismus aktive Diskursstrategie und einigendes Element war. Grundlage für diesen Emanzipationsraum war die in den Programmen der Arbeiterparteien verankerte universalistische Normenstruktur, in der sich die

---

pital“. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fahne* während der Weimarer Republik. Bremen 2016.

**61** Dies bemerkte Reinhard Rürup bereits 1977 zur Debatte um Antisemitismus in der SPD vor 1914, vgl. Rürup, Reinhard: Sozialismus und Antisemitismus in Deutschland vor 1914. In: Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918. Beiheft 2 des Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte. Tel Aviv 1977. S. 222.

**62** Vgl. hierzu den Versuch der Rekonstruktion der Debatte um den nationalistischen „Schlageter-Kurs“ der KPD im Sommer 1923, der oft als Beleg für Antisemitismus von Links herangezogen wird, in dem die Gegenstimmen zahlreicher (nicht nur) jüdischer KPD-Mitglieder bisher nicht einbezogen wurden: Hoffrogge: Sommer (wie Anm. 8).

**63** Kistenmacher, Antisemitische Aussagen (wie Anm. 60), S. 58 f.

Forderung nach sozialer Gleichheit mit einem internationalistischen Paradigma verschränkte. Diese Ideale wurden in der Praxis nirgendwo eins zu eins umgesetzt. Sie waren jedoch Setzungen, die nicht so ohne weiteres vereinbar waren mit rassifizierenden Weltdeutungen. Zukünftige Forschungen sollten dieses Spannungsfeld ausloten: Unter welchen Bedingungen konnten universalistische Normen erfolgreich gegen Antisemitismus ins Feld geführt werden – und wo versagten sie oder reproduzierten gar eine Marginalisierung jüdischer und anderer partikularer Lebenswelten? Dass diese Spannung nicht nur in den Arbeiterparteien ein relevantes Forschungsfeld wäre, sondern auch für den Liberalismus, zeigt die zitierte Rede von Otto Fischbeck. Niemand ist bisher auf die Idee gekommen wegen dieser oder ähnlicher Vorfälle dem Weimarer Liberalismus einen strukturellen Antisemitismus zu unterstellen. Und doch zeigt sich, wie ein unreflektierter Bezug auf die Nation selbst bei einem erklärten Gegner des Antisemitismus zur Übernahme antisemitischer Deutungsmuster führen konnte. Das Phänomen ist erklärungsbedürftig, Ansätze dafür würden parteiübergreifende Studien erfordern. Der Nationalismus scheint in dieser Frage eine Schlüsselrolle einzunehmen, obwohl, wie Oskar Cohns Rede zeigt, nicht jeder positive Bezug auf die Nation die schiefe Ebene zum Antisemitismus beschritt. Doch dass es trotz vermittelnder Interventionen wie jener von Cohn nicht zur Verständigung zwischen KPD und SPD kam, lag vor allem an ihrem Verhältnis zur Nation, das beide Parteien seit dem Ersten Weltkrieg trennte. Während die SPD sich seit 1914 zur Verteidigung nationaler Interessen bekannte und diese insbesondere in Preußen durch Reformen von oben mit sozialistischer Politik versöhnen wollte, bestand die KPD auf einem unbedingten Internationalismus. Die sozialdemokratische Akzeptanz einer deutschen Staatsräson war dementsprechend politischer Kitt für die „große Koalition“ in Preußen. Die SPD war koalitionsfähig mit DVP und Zentrum, die KPD nicht. In der Einwanderungsfrage bedeutete das eine Politik der Abschottung – nicht antisemitisch begründet, aber im nationalen Interesse.

